



# HESSISCHER LANDTAG

13. 05. 2025

Plenum

## Dringlicher Antrag

### Fraktion der AfD

**„Klimaschutz“ und „Klimaneutralität“ sind kostspielige Irrwege, die beendet werden müssen**

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass es weder eine sogenannte „Klimakrise“ noch einen sogenannten „Klimanotstand“ gibt.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich das Klima seit Menschengedenken wandelt. Klimawandel ist somit ein originär natürliches Phänomen. „Schutz“ vor einer Veränderung des Klimas kann es daher nicht geben. Die politische Forderung nach „Klimaschutz“ ist somit unmöglich. Eine Daseinsvorsorge, die einen Schutz vor einem bestimmten Klima- oder Wetterzustand herstellen möchte, kann es somit auch nicht geben.
3. Der Landtag stellt fest, dass das Ziel einer anzustrebenden „Klimaneutralität“ faktisch unbezahlbar ist. Die Kosten, die die Dekarbonisierung allen Bereichen des Lebens auferlegt, sind für den Bürger und den Staat untragbar und führen zwangsläufig zu einem massiven, nachhaltigen und existentiellen Wohlstandsverlust in Hessen und in Deutschland.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich auf allen Politikebenen vom Primat einer „Klimaneutralität“ schnellstmöglich zu verabschieden und sämtliche „Klimaschutzmaßnahmen“ zu beenden.
5. Der Landtag stellt fest, dass eine „Transformation der Wirtschaft“ mit dem Primat von sogenannten Nachhaltigkeits- oder Dekarbonisierungszielen damit obsolet ist.
6. Der Landtag stellt fest, dass sich diese politische Transformation im Namen des „Klimaschutzes“ nicht nur auf der Landesebene in Hessen, sondern auch auf Bundesebene und auf EU-Ebene manifestiert.
7. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, über den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, aus dem Pariser Klimaschutzabkommen auszutreten und auf Bundesebene alle Maßnahmen zu ergreifen, wirkungslose und damit steuerverschwendende „Klimaschutzmaßnahmen“ sofort einzustellen.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über den Bundesrat auf die Bundesregierung Einfluss zu nehmen, auf alle anderen EU-Staaten im Sinne des Vorbilds Deutschlands einzuwirken, ebenfalls aus dem Pariser Klimaschutzabkommen auszutreten.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, die 17 sogenannten „Nachhaltigkeitsziele“ der UNO (SDG) zur Wiedererlangung der Souveränität Deutschlands und Hessens auf allen Ebenen zu verwerfen.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, das europäische Klimagesetz und die sogenannte „Fit for 55“-Verordnung (EU 2021/1119) umgehend abzuschaffen.

11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, über den Bundesrat auf die Bundesregierung einzuwirken, auf die EU-Mitgliedsstaaten einzuwirken, die EU-Taxonomieverordnung (EU 2020/852) schnellstmöglich abzuschaffen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 13. Mai 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Dr. Frank Grobe**